



SCHOOL-SCOUT.DE

Unterrichtsmaterialien in digitaler und in gedruckter Form

Auszug aus:

Historische Gedenktage in Deutschland von 1871 bis heute

Das komplette Material finden Sie hier:

School-Scout.de



Staatliche Erinnerungstage in Deutschland

In Deutschland wurde bis 1945 der „Reichsgründungstag“ am 18. Januar mit der ganzen staatlichen Autorität gefeiert und bis Ende des Kaiserreichs 1918 in Erinnerung an den entscheidenden Sieg im deutsch-französischen Krieg 1870 auch noch der „Sedantag“ um den 2. September. (Die im Dritten Reich verordneten Erinnerungsanlässe und -tage sollen hier keine Berücksichtigung finden.)

Nach dem Zweiten Weltkrieg gab es bis zur Wiedervereinigung 1990 in der DDR und in der Bundesrepublik zwei ganz unterschiedliche Erinnerungskulturen. Die DDR feierte vor allem den Tag der Republik am 7. Oktober in Erinnerung an die Staatsgründung 1949 und den Tag der Arbeit am 1. Mai. In der alten Bundesrepublik begann die staatliche Erinnerung im Zusammenhang mit der Integration in die demokratische Gemeinschaft der westlichen Staaten und der folgenden Wiederbewaffnung in den 1950er-Jahren. In dieser Zeit wurde der Offiziersputsch vom 20. Juli 1944 als Kern des deutschen Widerstandes gegen den Nationalsozialismus zum regelrechten Mythos erhoben. Die damit einhergehende positive Bewertung der deutschen Wehrmacht wurde durch die sogenannte Wehrmachtsausstellung 1995 nachhaltig erschüttert und machte in den Jahren danach einer deutlich differenzierteren Betrachtungsweise Platz. Eine gesamtstaatliche Erinnerung im Gedenken an den Holocaust und die deutschen Verbrechen im Zweiten Weltkrieg wurde durch den Auschwitz-Prozess 1963 bis 1965 sowie die folgende 68er-Bewegung initiiert und später durch die amerikanische Fernsehserie „Holocaust“ in der öffentlichen Aufmerksamkeit noch gesteigert. Der Jahrestag des 27. Januar als Erinnerung an die Opfer des Nationalsozialismus ist heute in Deutschland fest etabliert.

Mitte der 1950er-Jahre trat in der Bundesrepublik ein neuer, aus den Forderungen des Grundgesetzes erwachsener und die nationale Einheit beschwörender staatlicher Erinnerungsmythos hinzu: der 17. Juni 1953. Dieser „Tag der Deutschen Einheit“ verblasste angesichts der zunehmenden Normalisierung der Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten immer mehr und wurde von der DDR ohnehin heruntergespielt. Durch die Wiedervereinigung 1990 wurde der 17. Juni in den Bereich der Geschichte verwiesen und durch den neuen, allerdings bewusst wenig pathetisch und nun gesamtdeutsch gefeierten 3. Oktober abgelöst. Offiziell begangen, aber nicht aufwändig gefeiert wird auch der 18. Mai, der Tag, an dem 1949 die Verfassung der alten Bundesrepublik verabschiedet wurde.

Neue Tendenzen der Erinnerungskultur – ein demokratischer Erinnerungstag?

Eine neue gesamtstaatliche Erinnerung, die die demokratische Tradition in Deutschland verstärkt bewusst machen soll, scheint mit dem 18. März im Entstehen begriffen – dem Tag, an dem 1793 der erste deutsche Demokratieversuch in Form der Mainzer Republik erfolgte, an dem 1848 in Berlin die Revolution begann und an dem 1990 die ersten freien Wahlen in der DDR stattfanden. Der 9. November, „Schicksalstag der deutschen Geschichte“, mit seinem Erinnerungspotenzial (Ausrufung der Republik 1918, Reichspogromnacht 1938, Fall der Berliner Mauer 1989) scheint dagegen auf Dauer zwar zum staatlich geförderten Besinnungstag, nicht aber zum nationalen Gedenktag zu werden.

Die Sozialpsychologen Dana Giesecke und Harald Welzer mahnen in diesem Sinne eine „Renovierung der Erinnerungskultur“ an, die sich von der Faszination des Bösen in der Vergangenheit löst und in stärkerem Maße eine Orientierung für unsere heutige Gegenwart bietet, um damit eine Basis für zukünftiges Handeln angesichts zahlreicher neuer Herausforderungen zu schaffen (Dana Giesecke; Harald Welzer: Das Menschenmögliche. Zur Renovierung der deutschen Erinnerungskultur. Hamburg: Edition Körber 2012).

Ergebnissicherung

In dieser Stunde ist nicht die Erlangung neuen Fachwissens das vordringliche Ziel, sondern die Gewinnung von Einsichten und Erkenntnissen. Die Ergebnissicherung erfolgt daher in der vertiefenden Diskussion am Ende der Stunde, etwa unter den Leitfragen: „Welche Veränderung im nationalen Selbstverständnis wird an den Gedenktagen der letzten 150 Jahre sichtbar? Wie stehen wir heute zur Frage eines nationalen Gedenktages: in der Gesellschaft, Sie ganz persönlich? Sind nationale Gedenktage überholt?“

Gegebenenfalls können am Ende der Stunde Zusatzaufgaben und Rechercheaufträge vergeben werden, deren Ergebnisse im Laufe der Reihe präsentiert werden. So kann z. B. Anlass, Gestaltung und Geschichte eines nationalen Gedenktages in einem anderen Land untersucht werden (z. B. 14. Juli in Frankreich, 4. Juli in den USA, 1. August in der Schweiz, 27. April in den Niederlanden, 2. Juni in Italien, 1. Oktober in China, 12. Oktober in Spanien, 26. Oktober in Österreich, 16. September in Mexiko).

Erläuterungen (M 1)

Zu 1: Die Bilder beziehen sich auf folgende Daten: 18. Januar 1871 (Bild 1), 20. Juli 1944 (Bild 2); 27. Januar 1945 (Bild 3); 17. Juni 1953 (Bild 4); 9. November 1989 bzw. 3. Oktober 1990 (Bild 5); 18. März 1848 (Bild 6).

Zu 2: Hinweise zum Kontext der Bilder finden sich in den Hinweisen zu den weiteren Stunden, in denen die Folie jeweils in der Einstiegsphase zum Einsatz kommt.

Erläuterungen (M 2)

Zu 1: Die öffentliche Begeisterung war Konsequenz und Ausdruck des lang gehegten Wunsches, endlich auch in Deutschland einen nationalen Gesamtstaat zustande zu bringen: Diese Hoffnung sahen viele Zeitgenossen nun endlich erfüllt.

Zu 2: Insbesondere durch den begleitenden Sedantag wird eine militärische und auch aggressive Tendenz dieses Gedenktages sichtbar, der neue politische Probleme mit dem gedemütigten Frankreich heraufbeschwor.

Zu 3: Bei der Übernahme dieses problematischen Erbes aus dem kaiserlichen Deutschland stand in Zeiten der inneren Zerrissenheit Deutschlands der Einheitsgedanke im Vordergrund, wobei man es versäumte, sich auf eine demokratische Traditionslinie zu berufen.

Zu 4: Trotz aller Unterschiedlichkeit der beiden deutschen Staaten stand für beide Seiten der Bruch mit der unheilvollen Vergangenheit nicht zur Diskussion. Durch die Abkehr von dieser Traditionslinie spielen diese beiden Gedenktage daher für uns keine Rolle mehr.

Erläuterungen (M 3)

Zu 1: Der Redner stellt einen Bezug zu seiner Gegenwart (1925) her, indem er der Reichsgründung die aktuelle politische Situation als besonderen Tiefpunkt in der Geschichte des deutschen Volkes gegenüberstellt. Dabei ist deutlich das Ziel erkennbar, den Versailler Vertrag als Schmach und Demütigung zu kennzeichnen und Ablehnung auszudrücken.

Zu 2: Im Rückgriff auf die napoleonische Zeit ist nicht die Einheit des deutschen Volkes das Thema, sondern die verloren gegangene Freiheit und Selbstbestimmung sowie die Hoffnung auf eine Änderung der Situation.

Zu 3: Die Aufklärung, eine große europäische Errungenschaft, wird hier als „artfremd“, da aus Frankreich stammend, abgelehnt. Als erstrebenswert wird ihr der (deutsche) Idealismus (eines Hegel) und die Religiosität (statt der seit 1789 säkularen Staats- und Gesellschaftsform in Frankreich) gegenübergestellt.

Erläuterungen (M 4)

Zu 1: In der ersten Strophe des Deutschlandliedes drückt sich für die Zeitgenossen überschwängliche Freude und Stolz auf ein endlich geeintes Deutschland aus, das nahezu die gesamte Kulturnation umfasste. Damit war ein lang gehegter Traum in Erfüllung gegangen. Nach den beiden Weltkriegen und besonders angesichts der Weltmachtpläne Hitlers und seines Vernichtungskrieges mussten diese Zeilen als nationalistische Überheblichkeit und Ausdruck eines aggressiven Allmachtstrebens wirken.

Zu 2: Die Herkunft der Melodie verrät etwas von den grenzüberschreitenden Verbindungen europäischer Kultur. Als nationalistisch kann der Text des Liedes nicht bezeichnet werden; es handelt sich um eine in vielen Ländern vorhandene und damals übliche Verehrungshymne auf den herrschenden Fürsten.

Hinweise (M 12–M 14)

4. Stunde: Erinnerung an den Volksaufstand in der DDR 1953 (17. Juni) und an die Überwindung der deutschen Teilung 1990 (3. Oktober)

Der Tag der Deutschen Einheit – vom 17. Juni 1953 zum 3. Oktober 1990

Als „Aufstand des 17. Juni“ werden die Ereignisse bezeichnet, bei denen es in den Tagen um den 17. Juni 1953 in der DDR zu einer Welle von Streiks, Demonstrationen und Protesten kam, die verbunden waren mit wirtschaftlichen und politischen Forderungen nach besseren Lebensbedingungen. Im Bestreben, den Sozialismus schnell zu verwirklichen und die Bundesrepublik dabei auch wirtschaftlich einzuholen, oder gar zu überholen, hatte das SED-Regime im Mai die Arbeitsnormen erneut erhöht. Dabei war die Versorgungslage, vor allem hinsichtlich der Lebensmittel, nach wie vor katastrophal. Die Proteste begannen am 12. Juni und steigerten sich zu regelrechten Streiks, wobei diese ausgerechnet von den privilegierten Bauarbeitern der Ostberliner Stalinallee (heute: Karl-Marx-Allee und Frankfurter Allee) ausgingen, einem Prestigeprojekt der SED. Obwohl es kein Streikrecht gab und sich die Arbeiter somit einer massiven Konfrontation mit dem Staat aussetzten, weiteten sich die Proteste innerhalb weniger Stunden zum Generalstreik und schließlich zum Volksaufstand aus. Die DDR-Führung sah sich schon am Ende, der Regierungschef Walter Ulbricht hatte sich bereits in eine russische Kaserne geflüchtet. Die sowjetische Führung aber konnte es nicht zulassen, dass möglicherweise ein Stein aus ihrem Herrschaftsgebiet herausgebrochen wird und die Ereignisse Signalwirkung für die anderen osteuropäischen Staaten gewinnen, und ließ ihre Truppen, die zahlreich in der DDR stationiert waren, eingreifen und den Aufstand mit Panzern blutig niederschlagen.

Im Kalten Krieg wurde der 17. Juni dann zum Spielball einer gigantischen Propagandaschlacht zwischen Ost und West, wobei die DDR die Vorgänge zu einem – vom Westen gesteuerten – konterrevolutionären Putsch oder gar zu einem faschistischen Umsturzversuch hochstilisierte, während man im Westen – von Wunschdenken und dem Auftrag im Grundgesetz geleitet – darin wohl etwas zu intensiv den Wunsch nach Wiedervereinigung artikuliert sah. Der 17. Juni wurde deshalb in der Bundesrepublik bereits in einem Gesetz vom 4. August 1953 im Konsens aller Parteien als „Tag der Deutschen Einheit“ zum gesetzlichen Feiertag erklärt. Nach der Friedlichen Revolution in der DDR wurde dann im Einigungsvertrag vom 29. September 1990 der 3. Oktober als neuer – nun gesamtdeutscher – „Tag der Deutschen Einheit“ zum gesetzlichen Feiertag und löste damit den 17. Juni ab. Er ist der einzige Feiertag nach Bundesrecht, alle anderen Feiertage sind Ländersache. Die offizielle Feier zum Tag der Deutschen Einheit findet (meist) jeweils in der Landeshauptstadt des Landes statt, das zu dem Zeitpunkt den Vorsitz im Bundesrat innehat. Der Feiertag wird als Bürgerfest organisiert („Deutschlandtag“), bei der sich auf der sogenannten Ländermeile die Länder vorstellen. Zugleich bleibt auch das Gedenken an den 17. Juni 1953 in öffentlichen Veranstaltungen nach wie vor lebendig.

Einstieg

Für den Einstieg in das Thema eignen sich die Fotos zum 17. Juni und zum 9. November auf der Folie M 1 (Bilder 4 und 5). Ergänzend dazu legt die Lehrkraft knapp die historischen Fakten dar (siehe oben) und regt mit folgenden Fragen ein einführendes Gespräch an: „Welchen Charakter des Protests und der staatlichen Reaktion vermittelt das Foto vom 17. Juni 1953? Was kommt in der Besteigung der Mauer am 9. November 1989 zum Ausdruck?“

Erarbeitungsphase

Die hier versammelten Quellen zum „Tag der Deutschen Einheit“ thematisieren drei Aspekte dieses Gedenktages und seines Wandels im Laufe der Zeit. Es bietet sich daher an, die Auswertung in Gruppenarbeit zu organisieren. Die Arbeitsgruppen erhalten die Arbeitsblätter und haben 20 Minuten Zeit für die Bearbeitung der Aufgaben zu ihrem Thema:



SCHOOL-SCOUT.DE

Unterrichtsmaterialien in digitaler und in gedruckter Form

Auszug aus:

Historische Gedenktage in Deutschland von 1871 bis heute

Das komplette Material finden Sie hier:

School-Scout.de

